



An den
Landrat des Kreises Viersen
Herrn Dr. Andreas Coenen
Per Mail

Viersen, den 03.05.2024

Verantwortung des Landes NRW für die KiTa-Versorgung

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Coenen,

in Namen der SPD-Fraktion bitten wir Sie, in der nächsten Sitzung des Kreistages die folgende Resolution des Kreistages Viersen zur Abstimmung zu stellen:

Familien in NRW unterstützen –Kinderbetreuung und gute Bildung für alle sicherstellen

Die dramatische Situation der Kindertagesstätten im Kreis Viersen verschärft sich seit Monaten ebenso wie im gesamten Land Nordrhein-Westfalen. Für viele Familien allein in unserem Kreis bedeutet die Absage des gewünschten und oftmals dringend benötigten KiTa-Platzes teilweise massive Einschnitte in die berufliche und persönliche Lebensplanung. Häufig entstehen sogar Notsituationen. Gleichzeitig spitzt sich die Situation auch in den Kindertagesstätten für Träger, Personal, Kinder und Eltern zu: Wegen des Personalmangels müssen Öffnungszeiten gekürzt und Gruppen geschlossen werden – oftmals kurzfristig und für die Familien unkalkulierbar. Und die meisten Träger sehen bei rasch wachsenden Personal- und Sachkosten die finanzielle Existenz ihrer KiTas sogar generell gefährdet.

In dieser Situation müssen sich alle Beteiligten ihrer besonderen Verantwortung für eine funktionierende Kinderbetreuung und gute Bildungschancen für alle Kinder bewusst sein. Vermehrt in den Fokus gehört dabei insbesondere der Zugang der Kinder in das frühkindliche Bildungssystem, die zuhause nicht ausreichend gefördert werden können.

Der Kreistag Viersen appelliert daher an die Landesregierung und den Landtag von Nordrhein-Westfalen und deren demokratische Fraktionen, die zentrale Verantwortung des Landes NRW für die Kindertagesstätten wahrzunehmen, die den Bundesländern durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zugewiesen ist. Die Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen benötigen umgehend, umfassend und dauerhaft-nachhaltig die ihnen zustehende Unterstützung des Landes: Die Landeszuschüsse müssen dringend an die finanziellen Realitäten von Inflation, Personalkosten-steigerungen sowie das deutlich erhöhte Niveau von Betriebs- und Baukosten angepasst werden. Für eine deutlich bessere personelle Ausstattung, die fachliche und menschliche Qualifikation sinnvoll vereint, müssen umgehend die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden: beispielsweise durch Erleichterung bei der Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen oder bei der Zulassung von Personal mit einer verwandten beruflichen Qualifikation oder nachgewiesener Erfahrung. Dazu gehört auch eine wettbewerbsgerechte Bezahlung. Für die dringend notwendige verstärkte Ausbildung von pädagogischem Fachpersonal sind strategische Anstrengungen des Landes erforderlich, die vom Marketing über die Schaffung verschiedener Ausbildungsgänge bis zur personellen Ausstattung der Bildungseinrichtungen reicht.

Die Ansprüche an die baulichen Voraussetzungen für Kindertagesstätten sind zügig dahingehend zu überprüfen und anzupassen, dass auch gut geeignete und sofort zur Verfügung stehende Bestandsgebäude nach angemessenen Umbauten für neue KiTa-Gruppen genutzt werden können. Gleichzeitig muss – auch in enger Abstimmung mit dem Bund – geprüft werden, inwieweit der Neubau bzw. die Neueinrichtung von Kindertagesstätten im Baurecht im erforderlichen Maß privilegiert werden kann – beispielsweise durch Vereinfachungen in Widerspruchsverfahren. Die unterschiedliche Belastung von Familien in NRW bei den Elternbeiträgen muss beendet werden: Kinderbetreuung und -bildung dürfen nicht davon abhängen, wo eine Familie wohnt. Generell muss das Ziel jeglicher Bildungspolitik des Landes sein, dass, analog zu den Schulen, KiTas als Bildungsort perspektivisch beitragsfrei sind. Dazu gehört insbesondere, dass die deutliche Benachteiligung von finanzschwachen Kommunen enden muss, deren Gestaltungsspielräume bei Elternbeiträgen und einer wettbewerbsgerechten Bezahlung bislang deutlich eingeschränkt sind. Einmal mehr appelliert der Kreistag Viersen daher auch an dieser Stelle an die Landesregierung, den Landtag von Nordrhein-Westfalen und deren demokratische Fraktionen, die Kommunen in NRW generell endlich angemessen für ihre umfangreichen Aufgaben finanziell auszustatten und insbesondere den finanzschwachen Städten und Gemeinden eine deutliche Erleichterung bei den Altschulden zu verschaffen. Auch die Bundesregierung ist hier dringend gefordert. Die dramatische Situation im Bereich der Kinderbetreuung und der vorschulischen Bildung steht symptomatisch für die

generelle Unterfinanzierung der Kommunen, die einer umfassenden Anpassung auf Landes- und Bundesebene bedarf.

Mit freundlichen Grüßen



Annalena Rösberg
Fraktionsvorsitzende



Mirjam Hufschmidt
Fraktionsgeschäftsführerin



Heinz Joebges
2. Stv. Fraktionsvorsitzender



Silke Depta
Kreistagsmitglied